



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/141 - 25. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise  
auf den Inhalt:

Fernsprecher 24831-88  
Fernschreiber 0886890

Anschlag gegen Wiedergutmachung	S. 1
Der Algierkrieg und die französischen Staatsfinanzen	S. 2
Der Zusammenbruch des Auslandsdeutschtums	S. 4
Dortmund und die "Deutsche Tagespost"	S. 5
Bischöfe vor der Entscheidung?	S. 6

## Erschreckendes Symptom

ler- Alle Kreise unseres Volkes, die sich des Unrechts bewusst sind, das das Dritte Reich unzähligen Menschen zugefügt hat, sind sich einig darüber, dass an der Wiedergutmachung nicht gerüttelt werden darf. Sie gehört gewissermaßen zur Selbstbereinigung unseres Volkes und kommende Generationen werden uns danach beurteilen, wie weit wir fähig und willens waren, hier das Möglichste zu tun. Das Aufgehen in die Gemeinschaft der Völker wird erst dann vollständig sein, wenn wir, alle zusammen, die Wunden heilen helfen, die im geschändeten Namen unseres Volkes Millionen von Deutschen und Nichtdeutschen geschlagen wurden. Wer an mühselig errichteten Gebäude der Wiedergutmachung rüttelt, veründigt sich nicht nur an der neuen deutschen Demokratie, er begeht auch einen Anschlag auf die Ehre aller anständigen Deutschen. Diese ist untrennbar mit der tätigen Hilfe für die Überlebenden des Hitlerschen Rassenwahns und seiner Verfolgungssucht verbunden.

Umso bedauerlicher ist hier ein Wort des Bundesfinanzministers Schäffer, das nach Zeitungsmeldungen in einer Frankfurter Veranstaltung fiel. Schäffer behauptete, der Dritte Deutsche Bundestag werde sich nochmals mit der Frage der Wiedergutmachung zu beschäftigen haben, da, entgegen den bisherigen Schätzungen, die Wiedergutmachung in den nächsten vier bis fünf Jahren nicht sieben bis acht, sondern 17 bis 18 Milliarden betragen werde; dies könne, fügte Schäffer hinzu, freilich nicht im Interesse der Geschädigten liegen, weil sie mit ihren Forderungen die Stabilität der Währung gefährden würden.

Es ist unerfindlich, auf welche Grundlagen der Bundesfinanzminister seine Behauptungen stützt. Sie widersprechen den von seinem Ministerium selbst seinerzeit gemachten Schätzungen. Den Geschädigten sind solche Forderungen auch nicht bekannt. Die Behauptungen Schäffers erhalten dadurch einen besonders schlimmen Beigeschmack, weil sie in Verbindung mit der Stabilität unserer Währung gebracht wurden. Damit soll dem Bundesbürger gewissermaßen suggeriert werden, wenn die Kaufkraft der DM sinke, dann liege das an den Überlebenden Opfern des Nationalsozialismus, weil sie auf der Wiedergutmachung bestünden ...

Die Sprache reicht nicht aus, um das treffende Wort für eine solche Haltung unseres Bundesfinanzministers, der sich christlich und demokratisch nennt, zu finden. Sie schlägt allen um die Würde und das Ansehen unseres Volkes bedachten Kräfte ins Gesicht. Zugrunde liegt doch solcher Behauptungen der Gedanke, die Wiedergutmachung an sich zu diffamieren; dass sich dazu sogar ein Bundesfinanzminister hergibt, beweist, wie erschreckend weit die restaurative Entwicklung in der Bundesrepublik schon gediehen ist.

Die "Schuld" der Sozialisten

l.o.-Paris, Ende Juni

Die neue französische Regierung hat kürzlich auf Grund der misslichen Devisenlage des Staates die Einfuhr-Liberalisierung aufgehoben. Kaum war die peinliche Massnahme bekannt geworden, als in einigen deutschen Zeitungen zu lesen war, dass dieses Vorgehen eine Folge der Finanzpolitik sei, die von der vorigen, sozialistisch geführten Regierung betrieben worden war. Diese ohne jede Beweisführung in die deutsche Welt posierte "Feststellung" ist in Wirklichkeit eine grobe Irreführung und eine groteske Entstellung, die man sich vermutlich nicht geleistet hätte, stände die Bundesrepublik nicht im Zeichen des Wahlkampfes.

Der von Sozialisten Guy Mollet geführten vorigen Regierung kann man gewiss manches vorwerfen. Jedoch zu behaupten, die jetzige, von Radikalen Bourguès-Maunoury geleitete Regierung leide unter den Folgen der Finanzpolitik ihres Vorgängers, ist schon deshalb ein Unfug, weil die neue Regierung kaum anders zusammengesetzt ist wie das einseitige Kabinett Mollet. Mehr noch: Das Programm, das Bourguès-Maunoury verkündet hat, gleicht dem Programm Mollets wie ein Ei dem anderen.

Die äusserst missliche Lage der Staatsfinanzen ist, das weiss jedermann, auf den Kampf in Algerien zurückzuführen, den die Vorgänger Guy Mollets so wenig aufgegeben hatten wie es sein Nachfolger zu tun beabsichtigt. Auch der kurzlebige "Krieg" gegen Ägypten hing politisch sehr eng mit dem Aufstand in Algerien zusammen, und wenn man daran zweifeln darf, dass die militärische Aktion am Suezkanal ein weisses Unternehmen war, so kann man doch nicht daran zweifeln, dass gerade der jetzige Regierungschef und damalige Verteidigungsminister Bourguès-Maunoury die wichtigste treibende Kraft bei diesen unglückseligen Unternehmen gewesen war.

Wenn der Suez-Feldzug die Staatsfinanzen schwer belastete - direkt wie indirekt - so steht doch fest, dass die führenden Mitglieder der heutigen Regierung über die Richtigkeit dieser Aktion jetzt ebenso denken wie damals. Das heisst: sie waren damals dafür und bedauern heute lediglich den Misserfolg.

Wer von einer "Schuld" der Regierung Mollet an der schlechten Finanzlage Frankreichs spricht, kann eigentlich nur meinen, die Sozialisten hätten den Kampf in Algerien aufgeben und auf diese Weise

ihr Budget retten sollen. Das wäre dann das berühmte Kolumbus-Ei gewesen. Nur übersehen die Kritiker, dass eine Regierung, die den Kampf in Algerien einfach abgeblasen hätte, innerhalb von Stunden zum Rücktritt gezwungen gewesen wäre. Denn die überwiegende Mehrheit der französischen Nation ist nun einmal gegen die Idee, in Algerien die Waffen vor den Aufständischen zu strecken; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Einstellung logisch und richtig oder ob sie unlogisch und falsch ist.

Die Leere in französischen Staatsäckel ist demnach eine Folge der Afrika-Politik. An den Grundüberlegungen, die zu ihr führten, änderte sich nichts als die Sozialisten ans Ruder kamen und ebensowenig als vor wenigen Wochen der Radikale Bourguès-Maunoury den Sozialisten Mollet ablöste. Solange die Afrika-Politik die Inachhaltung eines Budgetplanes unmöglich macht, wird sich an der misslichen Finanzlage nichts ändern, gleichviel wer regiert und welche Parteien in Kabinett führend sind. Dass die Folgen des Algerien-Aufstandes jetzt nicht nur Frankreichs Wirtschaft schwer belasten, sondern sich auf den Handel auch aller anderen Nationen auswirken - besonders durch die Aufhebung der Einfuhr-Liberalisierung - ist zweifellos höchst bedauerlich. Den Vorgang jedoch auf das Schuldkonto der französischen Sozialisten zu setzen, wäre eine Lächerlichkeit - würde die böswillige Absicht dabei nicht so deutlich zu spüren sein.

\* \* \*

Sender Schwarzenburg:

Französische Regierungskrise bedroht Gemeinsamen Markt

"Infolge der französischen Regierungskrise ist nun auch der Gemeinsame Markt in seinem Mechanismus durch die Wiedernerstellung der Kontingentierung bedroht. Der Umstand, dass dieser Rückfall des französischen Protektionismus angesichts der verheerenden Finanzlage dieses Landes unvermeidlich geworden ist, sollte innerhin nicht zu einer Resignation führen. Die Franzosen selbst betrachten ihre Kabinettskrisen als unvermeidlich und damit als harmlos. - Aber die Finanzkrise ist noch ernst r als die politische Krise, denn sie zeigt den grundlegenden Fehler im Gleichgewicht Frankreichs auf. Eine Regierungskrise gefährdet die einmal gewählte Richtung. Eine Finanzkrise von Umfang der seit einem Jahr bestehenden stellt die eigentliche Existenz eines Landes in Frage."

\* \* \*

Der "Steinbacher Kreis" vermittelt wertvolle Erkenntnisse

O.H. Über das Geschehen in den osteuropäischen Staaten seit 1945 und die dort seitdem in den einzelnen Bereichen eingetretenen Umwälzungen besitzen wir nur unvollständige Informationen. Die zur Untersuchung der Entwicklung in diesen Staaten berufenen westdeutschen Institutionen sind regional beschränkt und leisten ihre Arbeit - wenn überhaupt - nur im Rahmen ihres zuständigen Gebietsbereiches. Dabei fehlt es an der notwendigen Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen.

Angesichts dessen hat der Steinbacher Kreis, eine vom Arbeits- und Sozialministerium in Düsseldorf geförderte wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft, dem Problem des europäischen Ostens aus der Sicht der deutschen Interessen sein besonderes Augenmerk zugewandt. Nachdem in der ersten diesjährigen Tagung des Steinbacher Kreises in Berne im Januar die derzeitige Lage in Polen, insbesondere das deutsch-polnische Verhältnis von hervorragenden Wissenschaftlern untersucht wurde, machte der Steinbacher Kreis in einer neuen in Espelkamp-Mittwald durchgeführten Tagung das Problem des Auslandsdeutschtums in Osteuropa vor und nach 1945 zum Gegenstand seiner Untersuchung.

Die beinahe restlose Vernichtung des Auslandsdeutschtums in den Ländern Ost- und Südosteuropas als Folge des zweiten Weltkrieges ist bei den bisherigen Erörterungen des Vertriebenenproblems wie des osteuropäischen Problems überhaupt viel zu wenig beachtet worden. Dabei steht der Zusammenbruch des Auslandsdeutschtums umfangsmässig nur wenig hinter der Vertreibung aus den Oder-Neisse-Gebieten zurück. Während im Jahre 1939 in den deutschen Oder-Neisse-Gebieten 9,6 Millionen lebten, betrug die Zahl der Auslands- bzw. Volksdeutschen in den Ländern Ost- und Südosteuropas einschliesslich Sowjetunion 8,7 Millionen, davon allerdings 3,5 Millionen Sudetendeutsche.

Die auf der Tagung von Dr. Richard B r e y e r vom Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg/Lahn für die noch osteuropäischen Länder und die Sowjetunion und von Prof. Dr. Fritz V a i j a w e c, dem Leiter des südost-europäischen Instituts in München, für Südosteuropa durchgeführten Untersuchungen vermittelten die Erkenntnis, dass das bis 1945 zumeist in Streusiedlungen lebende Deutschtum in den nordosteuropäischen Ländern sowie in Jugoslawien und Bulgarien bis auf geringe Reste als ausgelöscht zu betrachten ist. Dagegen lebt in Rumänien und Ungarn noch

25. Juni 1957

ein grosser Teil der dortigen deutschen Volksgruppen, die allerdings der kommunistischen Einflussnahme hilflos ausgeliefert sind. Dabei wirft sich die Frage nach der nationalen Existenzmöglichkeit dieser beiden Volksgruppen auf weite Sicht auf.

"Das Nationalitätenproblem Osteuropas vor 1945 und heute" behandelte Prof. Dr. Schieder von der Universität Köln. Hier warf sich unwillkürlich die schwerwiegende Frage auf, ob die nationalen Minderheiten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen Mittler oder Störenfried zwischen dem deutschen Volk und ihren Staatsvölkern gewesen sind. Auf jeden Fall stellte Prof. Dr. Schieder fest, dass die Führungen der deutschen Volksgruppen seit 1936 vielfach zu Instrumenten der Staatspolitik Hitlers wurden.

Die aus dieser Entwicklung entstandene gegenwärtige Lage behandelte der Bundestagsabgeordnete Wenzel Jakseck. Die Untersuchung Jaksecks gipfelte in der Erkenntnis, Deutschland müsse in seiner bisherigen Form als lebensfähiger und gesunder Staat erhalten bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die Auslandsdeutschen zum Aufbau Deutschlands herangezogen werden. Ein gesundes Deutschland würde der stärkste Pfeiler eines eigenständigen Mitteleuropas sein, das dann eine wichtige Rolle zwischen Ost und West zu erfüllen hätte.

\* \* \*

#### Alberne Behauptungen

PB. Dass die Kommentare über den Wahlkongress der SPD in Dortmund in den der CDU nahestehenden Zeitungen nicht freundlich ausfallen werden würden, war anzunehmen. Eine Gehässigkeit über, die selbst über das im Wahlkampf Erlaunste hinausgeht, hat sich die Deutsche Tagespost in ihrer Ausgabe vom 18./19. Juni 1957 geleistet, die für sich in Anspruch nimmt, das Sprachrohr der katholischen Christen Südost-Bayerns zu sein.

Unter der Überschrift "Tag der roten Einheit" versucht diese Zeitung zuerst die Behauptung zu beweisen, die Propagandisten der SPD hätten durch die Terrain-Festlegung für ihren Wahlkongress ausschliesslich erreichen wollen, dass der darauf folgende Tag der deutschen Einheit "einen roten Anstrich" erhalte. Diese Behauptung ist so albern, dass es sich nicht lohnt, diese blühende Phantasie auf den Boden - 6 -

der Realitäten zurückzuführen

Noch perfider ist die Behauptung, dass "zwischen die Kampfrufe aus Dortmund sich zudem noch die makabren Töne Max Reinann's mischten, den Ulbricht wieder einmal aus der Versenkung gehoben hatte." Es dürfte ein Verdienst der deutschen Presse gewesen sein, dass sie von dem angeblichen Parteitag der verbotenen Kommunistischen Partei Westdeutschlands keinerlei Notiz genommen hat. Im übrigen dürfte niemand gewusst haben, wann ein solcher Parteitag stattgefunden hat. Die bewusste Verbindung, in die die "Deutsche Tagespost" beide Veranstaltungen bringen will, ist schlicht gesagt, eine Unverfrorenheit.

Diese Zeitung will dann sogar eine weitgehende Übereinstimmung der Wahl-Parolen der SPD mit denen der KP des Untergrundes feststellen. Die Zeitung bleibt jedoch den Beweis schuldig, wo eine Übereinstimmung besteht und sie wird auch nicht angeben können, inwiefern Ollenhauer auf die Wahlhilfe der Kommunisten nicht verzichten will.

Wer nur ein wenig von Dortmund gehört und gelesen hat, der wird festgestellt haben können, wie unüberbrückbar der Gegensatz zwischen der freiheitlichen SPD und der totalitären KP ist. Das festzustellen aber beliebt die "Deutsche Tagespost" nicht, deren einziges Ziel es ist, dreimal in der Woche die Sozialdemokraten grundlos, fälschlicherweise und wider besseres Wissen zu verleunden.

\* \* \*

"Nonkonformisten" melden sich.

D.Str. Innerhalb des katholischen Priester- und Laienelementes gewinnen die Kräfte an Bedeutung, die eine wahlpolitische Intervention der katholischen Kirche Westdeutschlands nicht wünschen. Einige Beispiele:

1. Die "Katholische junge Mannschaft" und die "Werkstoffe katholischer Laien" haben in ihrem Artikel über die "Aktion 57" ("Parversion der Gemeinde") in Heft 5/57 und in einer Interpretation ihrer oppositionellen Haltung zu manchen Ansichten der katholischen Kirche in Westdeutschland ("Was ist unser Nonkonformismus" in Heft 12/56) politischen Interventionen der katholischen Kirche eine eindeutige Absage erteilt.
2. Die katholischen Sozialdemokraten im "Bund christlicher Sozialisten" haben in mehreren Äußerungen zur Rede des Bundeskanzlers in Bamberg und zur jüngsten Erklärung des Bischofs Keller Stellung bezogen;
3. Die "Allgemeine Sonntagszeitung", die der katholischen Laienführung nahesteht, zitiert den französischen Kardinal Feltin, der die Zugehörigkeit von Katholiken zu verschiedenen politischen Gruppen anerkannt hat. Die Zeitung mahnt die Katholiken, nicht dazu beizutragen,

dass der Wahlkampf zum Religionskrieg wird;

4. katholische DGB-Funktionäre fragten Kardinal Frings, ob ein Katholik Mitglied der Einheitsgewerkschaft sein dürfe. Die Antwort darauf kam in diesen Tagen aus vatikanischen Kreisen, die sich dahingehend äusserten, dass ein Katholik Mitglied der Einheitsgewerkschaft sein könne;

5. selbst der Partei Adenauers, insbesondere ihrem verhältnismässig einflusslosen evangelischen Arbeitskreis, wurde die allzu starke Intervention aus Münster ein wenig zu gefährlich, denn man wollte nicht als "klerikal" abgestempelt werden.

Mit diesen Fakten hatte sich die Konferenz der westdeutschen Bischöfe zu beschäftigen, die kürzlich in Braunshardt bei Mainz tagte. Allerdings hörte die Öffentlichkeit recht wenig über konkrete Ergebnisse dieser Aussprache der katholischen Oberhirten Westdeutschlands. Ein Diskussionspunkt dieser Konferenz war die Frage, wie weit ein Bischofswort zur Wahl über den Rahmen einer blossen Empfehlung hinausgehen kann.

Bisher hatten die Diözesanbischöfe in Form von Hirtenworten, die sie kraft ihres bischöflichen Amtes verkünden liessen, die Gläubigen aufgefordert, sogenannte "christliche" Kandidaten zu wählen. Darunter verstanden kirchliche Kreise lediglich die Kandidaten der CDU (das Zentrum spielte ja kaum noch eine Rolle.

Was aber wird 1957? Die Bischöfe stehen vor der Entscheidung, ob sie wieder ein Hirtenwort verfassen wollen, oder ob sie jegliche Intervention unterlassen. Sie müssen bei ihren Überlegungen beachten, dass es inzwischen weichen Volkskreisen aufgegangen ist - die Kommunalwahl 1956 im katholischen Nordrhein-Westfalen bewies es durchschlagend - dass die SPD ebenso profilierte christliche Kandidaten auf ihren Listen hatte wie die CDU und dass sie auch bei den Bundestagswahlen profilierte christliche Kandidaten der katholischen Bevölkerung präsentieren kann. Man denke hier nur an Helene Wessel von der katholischen Seite und an Dr.Br. Gustav Heinemann von der evangelischen Seite. Die Gleichsetzung, christlich = CDU, die ohnehin nie richtig war, hat ihre Wirksamkeit verloren. Und damit stehen die Bischöfe vor dieser Alternative: entweder nennen sie - im Falle der Abfassung eines Hirtenwortes zur Wahl - die CDU als Partei und diffamieren damit alle anderen christlichen Kandidaten der übrigen Parteien oder sie müssen die christlichen Kandidaten aller demokratischer Parteien, also auch die der SPD, empfehlen. Das ist der Grund, weshalb die Stellung des westdeutschen Episkopates für diesen Wahlkampf nicht festgelegt werden kann, zumal es selbst im Kreise der westdeutschen Bischöfe Stimmen gibt, die wünschen, dass die katholische Kirche Westdeutschlands über dem Wahlkampf stehe. So z.B. der Limburger Bischof Kampe, der sich in der Kirchenzeitung des Bistums in diesem Sinne geäussert hat. Die katholische Kirche Westdeutschlands muss in diesem Jahre mit starken Laienkräften innerhalb des kirchlichen Raumes rechnen, die parteipolitische Interventionen des Episkopates nicht gutheissen.

\* \* \*

Verantwortlich: i.V. Albert Exler